

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sonnenstrahlen lassen uns auf einen schönen und warmen Sommer hoffen und wir wollen euch nicht in die Sommerferien gehen lassen, ohne vorher mit der KV-Intern die neuesten Informationen aus unserem Kreis Schleswig-Flensburg zu veröffentlichen.

Der Kreisvorstand hat sich auf den letzten Sitzungen intensiv mit den Arbeitsgruppen, die neu vom Kreisvorstand einberufen wurden, auseinander gesetzt. Eine der Arbeitsgruppen hat die Aufgabe, sich über die freiwillige Zusammenlegung von Ortsvereinen zu informieren und mit den Ortsvereinen ins Gespräch zu kommen. Es hat mehrere Treffen gegeben und zurzeit gibt es keine Ortsvereine, die fusionieren wollen. Uns vom Kreisvorstand ist es ganz wichtig, dass eine Fusionierung nur freiwillig durchgeführt wird und kein Zwang ausgeübt wird. Die Arbeitsgruppe wird weiterhin bestehen und kann jeder Zeit angesprochen werden.

Außerdem hat der Kreisvorstand Gespräche mit den Genossinnen und Genossen aus der Stadt Flensburg geführt, um eine bessere Zusammenarbeit in dem Bereich Flensburg Umland zu erreichen. Es hat bereits die erste gemeinschaftliche Veranstaltung gegeben, eine zweite findet demnächst statt.

Am 14. Juni werden sich beide Kreisvorstände treffen, um die Erfahrung der ersten Veranstaltung zu diskutieren. Leider ist aus unserer Sicht bei der zweiten Veranstaltung einiges im Argen, so dass wir dieses miteinander besprechen wollen, damit es noch weiter reibungslose und gemeinsame Veranstaltungen geben wird.

Nun ist es raus: Bei der Neuschneidung der Wahlkreise bleiben dem Kreis Schles-

wig-Flensburg drei Wahlkreise erhalten, allerdings werden diese neu durchnummeriert und neu zugeschnitten. Im Gegensatz zu anderen Kreisen haben wir hier Glück gehabt. In den meisten Kreisen musste ein Wahlkreis abgegeben werden. In Schleswig-Holstein wird es jetzt 35 Wahlkreise geben.

Auf der letzten Sitzung hat der Kreisvorstand SL-FL die Vorbereitungen für die Landtagswahl 2012 besprochen und folgenden Plan erstellt:

Bis zum 30. Juni 2011 sollen bei Karsten Stühmer geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Landtagskandidatur benannt werden.

Außerdem wurde beschlossen, dass die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für Flensburg-Land am 08.09.2011, für Schleswig-Nord am 15.09.2011 und für Schleswig am 22.09.2011 stattfinden sollen. Die Orte der jeweiligen Veranstaltungen müssen noch festgelegt werden.

Jetzt reichen die Termine schon bis in den September, daher möchte ich euch allen einen erholsamen, regenarmen und sonnigen Sommer wünschen. Ich hoffe, ihr habt alle Urlaub oder ein paar Tage frei, um die lauen Abende beim Grillen mit Freunden, bei Konzerten unter freiem Himmel oder mit der Familie am Strand zu genießen.

Euer *Ralf Wrobel*

Wichtige Termine:

KV-Sitzungen 2011 (immer öffentlich):

05.09., 04.10., 08.11., 06.12.

28.06.2011: Kreisparteitag

03.07.2011: Familiensommer in Trappenkamp

08.09.2011: Wahlkreisversammlung WK 4

15.09.2011: Wahlkreisversammlung WK 5

22.09.2011: Wahlkreisversammlung WK 6

23.09.2011: Redaktionsschluss KV Intern

20./21. 01.2012: Landesparteitag

06.05.2012 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

SPD KV-INTERN

PID – gibt es ein Recht auf gesundes Leben?

Zu diesem schwierigen, zurzeit viel diskutierten Thema Präimplantationsdiagnostik (PID) luden unsere beiden Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann und Sönke Rix, Pröbstin Carmen Rahlf (Kirchenkreis Schleswig-Flensburg) und Prof. Dr. Dietrich (Direktor der Frauenklinik Lübeck) nach Flensburg ein. Zusammen mit zahlreichen Gästen wurde anregend und ausführlich erklärt und diskutiert.

Unter dem Begriff Präimplantationsdiagnostik versteht man die Analyse von in der Regel zwei Zellen, die dem mehrzelligen Embryo entnommen werden, um vor der Implantation genetische Regelwidrigkeiten festzustellen oder aber auch das Geschlecht des Embryos zu bestimmen. Nur wenn die Analyseergebnisse für beide Zellen übereinstimmen und keine genetische Regelwidrigkeit vorliegt, wird der entsprechende Embryo in den Uterus der Frau transferiert. Die anderen Embryonen werden sofort vernichtet oder für die Forschung verbraucht.

Besonders schwer waren die Antworten der Fragen nach dem „Beginn des Lebens“, „wann beginnt die Würde eines jeden einzelnen Menschen“ oder auch: „Haben wir ein Recht auf ein Leben ohne genetisches Leiden?“

Nach zweieinhalb Stunden spannendem Austausch von allen Beteiligten fasste Sönke Rix in seinem Schlusswort zusammen, was er aus dieser Veranstaltung für sich mit nach Berlin zur Abstimmung im Juli mitnehmen wird:

Er möchte offen sein für eine kontrollierte Weiterentwicklung der PID in Deutsch-

land, aber die Gewissensentscheidung für eine PID den Menschen nicht abnehmen.



Auf dem Foto von links nach rechts: Sönke Rix (MdB), Barbara Philipsen (KV FL), Bente Reimer (KV SL-FL), Prof. Dr. Dietrich (Direktor Frauenklinik Lübeck), Pröbstin Carmen Rahlf (Kirchenkreis SL-FL), Dr. Carola Reimann (MdB), Helmut Trost und Simone Lange (KV FL). Es fehlt Hanna Hansen (KV SL-FL).

Menschwürdig älter werden in Schleswig-Holstein

Wohnen im Alter

Dieter Hildebrandt: „Im Prinzip ist das Altwerden erlaubt, aber es wird nicht gerne gesehen.“

Das Körnchen Wahrheit in diesem Ausspruch macht nachdenklich und verpflichtet uns zum Handeln, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist dem Menschen eigen und deshalb unverlierbar (inhärent).

Selbständigkeit und Selbstverwirklichung gehören zur Würde des Einzelnen. Gewiss gibt es im Laufe des Lebens Einschränkungen und Behinderungen, nicht nur in älteren Jahren sondern bereits ab Geburt. Während jedoch nach der Geburt die Ein-

SPD KV-INTERN

schränkungen immer weniger werden, nehmen sie im Alter eher wieder zu. Drei große Probleme plagen viele der Älteren: Einsamkeit, Hilflosigkeit und Langeweile. Diesen Aspekten sollen wir Rechnung tragen. Deshalb sollen wir den Focus unter Berücksichtigung der Defizite und Einschränkungen die Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen an der Teilhabe am sozialen Leben der Gesellschaft in den Vordergrund stellen und da unterstützend helfen wo es nötig tut.

Die Gesellschaft muss ihren Blickwinkel auf die Älteren in der Wechselwirkung auf die Umwelt ändern: Nicht sie sind behindert, sondern sie werden oft gehindert durch vielerlei Neuerungen im Alltagsleben und rascheres Tempo in der Umwelt usw. Wir alle als Gesellschaft sind gefordert für die Schwächeren in unserer unmittelbaren Gemeinschaft persönlich einzutreten und uns zu engagieren aber das Staatsgefüge muss dafür Sorge zu tragen, dass Erleichterungen und sinnvolle Unterstützung gesetzlich verankert werden, so dass es zur staatlichen Fürsorgepflicht gehört.

Ein Teilbereich ist das Wohnen.

Das Bestreben eines Menschen ist es, so lange wie möglich selbständig, aktiv zu bleiben. Dennoch müssen wir den unterschiedlichen und sich wandelnden Kompetenzen für die eigene Lebensführung Rechnung tragen. Deshalb benötigen wir ein „angepasstes Wohnmodell“. Es bietet älter werdenden Menschen die Möglichkeit in ihrem gewachsenen Lebensumfeld zu verbleiben und erhält ihnen somit das größtmögliche Maß an Autonomie und Selbständigkeit. Zudem belegen Erkenntnisse aus der Altersmedizin und –forschung, dass der Erhalt der sozialen und vertrauten Lebensumstände positive Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit hat („Einen alten

Baum verpflanzt man nicht!“) Das angepasste Wohnmodell berücksichtigt die individuellen Ressourcen des Menschen und ermöglicht ihm durch gut vernetzte (Präventions-) Arbeit und systemische Beratungsangebote langfristig ein eigenständiges Leben.

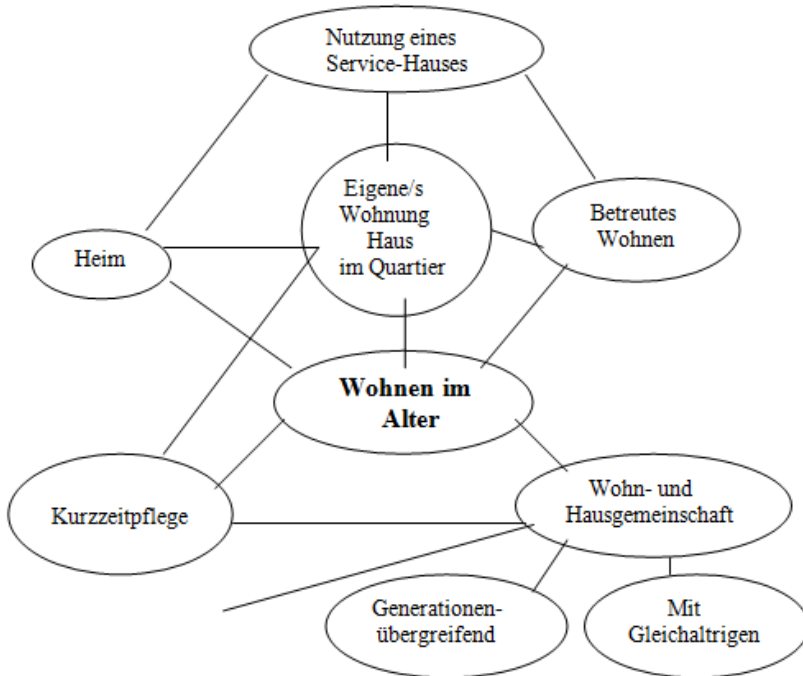
Um weiterhin an der Gemeinschaft teilhaben zu können und nicht irgendwo zu vereinsamen, müssen ältere Menschen auf folgende Bequemlichkeiten und Hilfsangebote zurückgreifen können. Barrierefreiheit darf sich nicht nur auf die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus beschränken. Auch der Weg von der Haustür zur Straße muss barrierefrei sein (Meistens findet man ein paar Stufen vor der Haustür oder gleich zu Anfang im Flur). Ja, im ganzen Stadtteil muss Barrierefreiheit herrschen. Einkaufshilfen, Haushaltshilfen und Essen auf Rädern soll angeboten werden. Einige möchten noch Essen gehen mit dem Argument: „Diese paar Schritte durch den Ort sind für uns ganz wichtig, denn sonst haben wir kaum noch Bewegung“. Um Kontakte zu erhalten ist ein Café-Besuch für viele wichtig.

Pflege im eigenen Heim

Pflege im Heim als „zweitbeste Lösung“ (Klaus Dörner). Eine Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrssystems muss in erreichbarer Nähe sein. Eine zentrale unabhängige Pflegeberatungsstelle soll die älteren Menschen durch den Dschungel der vielen zu bedenkenden Behördengänge begleiten oder ihnen die Wege abnehmen. Ein Service-Haus ist ideal dafür. Träger eines solchen Service-Hauses müsste die Kommune sein. Aber auch an soziale Verbände wie z. B. AWO, DRK, DPWV oder Kirche etc. könnte diese Aufgabe delegiert werden. Allerdings dürfen diese Institutionen nicht profitorientiert arbeiten sondern müssen eingebunden sein in die Bestim-

SPD KV-INTERN

mungen eines Eingetragenen Vereins (e.V.)



In einem Service-Haus können viele der angesprochenen Bedürfnisse abgedeckt werden.

Es bietet kleine komplette Wohnungen zur Miete oder als Eigentum, eine Kantine in der die Bewohner und auch Ältere aus der nahen Umgebung ihre Mahlzeiten einnehmen können. Ein Café gleichsam als Stadtteil-Café Treffpunkt für allerlei Gemütlichkeit miteinander auch für die Älteren, die noch in der Nähe in eigenen Wohnungen oder Häusern leben sowie für kulturelle Veranstaltungen eine Heimeinrichtung mit Vollpflege.

Ein Heim mit Vollpflege muss inhaltliche Angebote gemäß den Bedürfnissen der Älteren machen, zu denen auch selbstverständlich andere Bewohner kommen können. Kontakt zu kleinen Kindern und Tieren und Pflanzen soll ermöglicht werden. Besuche von Familie und Bekannten auch mit kleinen Kindern, regelmäßiger Besuch einer Kindergartengruppe, einer Schulklasse, mit der man Aktivitäten unterneh-

men kann z. B. Lagerfeuer, Stockbrote u. dgl. In weiten breiten Fluren sollen große Pflanzen und Vogelkäfige stehen. Tierbesitzer können mit ihren Haustieren zu Besuch kommen.

Die Pflegerinnen und Pfleger oder andere Fachkräfte müssen Zeit haben für Gespräche, um Nähe zu vermitteln, die Vergangenheit aufzuarbeiten, Verletzungen loslassen zu können, über den Sinn des Lebens nachdenken zu können. Dabei muss der Fokus auf jeden einzelnen gelegt werden. Auf die Fähigkeiten der Bewohner soll zurückgegriffen werden z. B. bei gemeinsamen Back-, Koch- oder Bastelaktionen und Gartenarbeiten.

Einmal monatlich soll ein Kirchgang gemacht werden können. Konzerte sollen besucht werden oder im Hause stattfinden, Veranstaltungen gemäß den Jahreszeiten sollen angeboten werden.

Alternative Wohnformen sind Mehrgenerationen-Wohneinheiten und die Wohngemeinschaften Älterer. Etwas was mich „schwer beeindruckt“ hatte, war der Filmbericht am 9.2.11 auf NDR3 „Neuanfang im Rentnerdorf“ über einen Senioren Wohnpark im Emsland dicht bei Meppen. Ältere Leute haben ihr Haus verkauft, um sich dort einen seniorengerechten ebenerdigen Bungalow nach eigenen Wünschen bauen zu lassen, in den sie dann übersiedeln, jetzt nur noch zwischen 100 und 150 qm Wohnfläche habend mit der Möglichkeit gegen Aufgeld sich Service wie Versorgung und Beobachtung einzukaufen. Die interviewten Personen fanden es besonders toll, dass sie ohne Kinderschrei (Hunde dürfen wohl mitgebracht werden) in Ruhe abgeschieden von Lärm und Betriebsamkeit der Außenwelt ihren Lebensabend verbringen könnten. Niemand würde sie stören können, denn am Eingang der Siedlung wird eine Schranke keine Unbefugten hineinlassen...

SPD KV-INTERN

Beschäftigte wie z. Zt. die „Kümmerin“ - in dem Film allerdings eine nicht sehr kompetente Kraft, der dann auch gekündigt wurde - und später Angestellte eines Gemeinschaftshauses mit Kiosk und Verpflegungsmöglichkeiten etc. würden ihnen zur Verfügung stehen.

Wie in jeder Gemeinschaft gab es auch unter den bereits dort Wohnenden Quereilen, die aber nur über anonyme Anzeigen ausgetragen wurden.

Diese ghettoähnliche Wohnform ist m. E. nicht erstrebenswert und für die meisten Menschen auch nicht finanzierbar.

Christian Bierman, AG 60plus FL-SL

Angebot der AG 60plus Flensburg-Schleswig

Die AG 60plus bietet einen Besuch des Kieler Landtages am 18. November 2011 an. Um Planungssicherheit zu erlangen, bittet der Genosse Uwe Langholz schon so zeitig um Anmeldungen.

Wer Interesse hat, meldet sich bitte sofort über die E-mail Adresse: uwe.langholz@t-online.de oder unter Telefon 0461-62282 an.

Auch die "besseren Hälften" können sich gerne der Einladung anschließen! Es stehen 44 Plätze zur Verfügung, die Fahrt erfolgt per Bus und der Fahrpreis beträgt pro Person etwa fünf Euro.

MdB Sönke Rix: Bericht aus Berlin

Kinderschutzgesetz – präventiv für ein gesundes Aufwachsen von Kindern

Immer wieder erschrecken Meldungen über Kindesvernachlässigung, Kindesmiss-

brauch und Kindesmisshandlung die Öff-



entlichkeit. Um Kinder besser vor diesen Gefahren zu schützen, brauchen wir ein Gesamtkonzept, das die Zusammenarbeit zwischen

den einzelnen Akteuren sicherstellt und Familien ausreichend Hilfe zur Verfügung stellt. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat dazu einen Entwurf für ein neues Kinderschutzgesetz vorgelegt und beherzigt, was wir Fachpolitiker aus der SPD-Bundestagsfraktion gefordert haben: Nämlich Prävention und Hilfe in den Mittelpunkt des neuen Gesetzes zu stellen. Genau wie die Fachverbände, Kommunen, Länder und Expertinnen und Experten unterstützen wir Familienpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion ihre Pläne im Großen und Ganzen. Dennoch gibt es einige Punkte, die wir für verbesserungswürdig halten. Diese werden sicherlich auch bei einer Anhörung im Herbst zur Sprache kommen.

Die „Frühe Hilfen“ sollen rechtlich verankert werden. Dabei wird durch frühzeitige Unterstützung schon ab der Schwangerschaft ein gesundes Aufwachsen der Kinder bis zum dritten Lebensjahr gefördert. Um aber langfristig und wirksam helfen zu können, bedarf es eines Rechtsanspruchs auf diese Frühen Hilfen, damit alle Eltern sie für sich in Anspruch nehmen können, sofern sie sie benötigen. Bedauerlicherweise lassen die Formulierungen im Gesetzentwurf keinen Rechtsanspruch vermuten.

Ausdrücklich begrüße ich, dass es einen verstärkten Einsatz von Familienhebammen geben soll. Diese Hebammen beraten und betreuen schon während der Schwangerschaft und ein Jahr nach der

SPD KV-INTERN

Geburt des Kindes Familien in schwierigen Situationen. Der Knackpunkt liegt hier allerdings bei der Finanzierung: Denn die Unterstützung durch den Bund ist nur kurzfristig angelegt, nach vier Jahren werden Länder und Kommunen mit der Finanzierungsfrage allein gelassen – das kann nicht zielführend sein. Zumal heute schon einzelne Länder beim Kinderschutz kürzen, u.a. die schwarz-gelbe Koalition in Schleswig-Holstein, die bei den Frühen Hilfen massiv gespart hat und damit die Ziele des eigentlich wegweisenden schleswig-holsteinischen Kinderschutzgesetzes unterkariert.

Kritisch sehe ich außerdem, dass der Kinderschutz und die Gesundheitsvorsorge in dem Gesetzentwurf nicht ordentlich verzahnt werden. Das haben sowohl die SPD-Bundestagsfraktion als auch die Vertreterinnen und Vertreter der Länder schon früh gefordert. Hier muss nachgebessert werden. Wir SPD-Fachpolitiker haben einen Antrag vorgelegt, der diese Verzahnung grundlegend berücksichtigt (zu finden im Internet unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703178.pdf>). Denn wir brauchen eine enge Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen. Im Juli tagt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe dazu. Dort werden die strittigen Punkte angesprochen und hoffentlich zu einem guten Ergebnis beitragen.

Eins steht für uns fest: Einen guten Kinderschutz gibt es nicht zum Nulltarif, er braucht eine gute soziale Infrastruktur. Dazu ist ein handlungsfähiger und mit ausreichend Finanzmitteln ausgestatteter Staat unerlässlich. Deshalb fordern wir von der schwarz-gelben Regierung, alle gesetzgeberischen Maßnahmen wie die Steuergeschenke an ihre Klientel – zum Beispiel die abgesenkte Hotel-Mehrwertsteuer – rückgängig zu machen, die die Finanzkraft des Bundes, der Länder

und der Kommunen schwächen. Ein guter Kinderschutz ist damit nicht realisierbar. Sobald eine solide Finanzierung gesichert ist, können wir gemeinsam an einem guten Kinderschutzgesetz arbeiten, das seinen Namen auch verdient.

Sönke Rix

Birte Pauls, MdL

Die Europäische Rolle rückwärts

Pünktlich 10 Jahre nach Umsetzung des Schengenabkommens plant die dänische



Regierung die Wiedereinführung von permanenten Zollkontrollen in Form von stationiertem Personal, unterstützt von Scanner- und

Videoüberwachung.

Selbstverständlich sollten wir die tatsächlich vorhandenen Ängste unserer dänischen Nachbarn wegen einer zunehmenden Kriminalität ernst nehmen.

Aber in den letzten Jahren wurde diese Forderung nach Grenzkontrollen immer mal wieder laut: Erst wegen Terrorgefahr, dann wegen Dosenpfand, aber eigentlich meint die an dieser Stelle die wortführende rechtspopulistische Dansk Folkeparti eigentlich etwas anderes:

Zitat der Parteivorsitzenden Pia Kjærsgård:

„Die Einführung der Grenzkontrollen diene der Verteidigung der dänischen Identität. Ein Land ist nur dann ein Land, wenn es Grenzen hat.“

Dieser Satz ist aussagekräftig genug um zu erkennen, dass einige demokratische Parteien in Dänemark auf Grund von einer parallel geführten Rentendebatte sich der

SPD KV-INTERN

Unterstützung der Dansk Folkeparti sicher sein wollen und einen entsprechenden politischen Kniefall vor den Rechtspopulisten machen.

Denn genau das ist das Gegenteil des europäischen Gedankens und reiht sich leider nahtlos ein in die Argumentation der anderen Rechtspopulisten, die in Europa unterwegs sind z.B. die wahren Finnen, Ungarns Neo Pfeilkreuzer, Wilders in Belgien. Sie haben schon immer jede Gelegenheit genutzt, die europäische Union nieder zu reden.

Hier hätte ich mir europäischen Mut der demokratischen Parteien an dieser Stelle gewünscht. Die Europakritiker jubeln, alle anderen sind verdächtig still. Europa ist eben doch für viele weit weg und wird hauptsächlich mit Negativmeldungen in Verbindung gebracht.

Die Auswirkungen sind noch nicht erkennbar. Aber klar ist:

Die Freizügigkeit der Pendler wird eingeschränkt. Dem bislang sehr guten Image der deutsch dänischen Wirtschaftsregion schaden die permanenten Grenzkontrollen. Die positiven Entwicklungen haben besonders in den letzten 10 Jahren seit Umsetzung des Schengenabkommens an Fahrt aufgenommen. Es ist ein kontraproduktives Signal gegenüber weiterer wirtschaftlicher Entwicklung. Das bestätigen jetzt auch dänische Wirtschaftsverbände. 60% des deutsch dänischen Güterverkehrs läuft über die Grenze. Etwa 5000 LKW täglich, die praktische Handhabung ist noch fraglich. 12.900 Pendler kreuzen die Grenze regelmäßig.

In den letzten Jahren hat sich, dank vieler Akteure z.B. die Minderheiten, Gewerkschaften, Wirtschaft, IHK usw., etwas Wunderbares etabliert.

Eine friedliche, offene Region mit einer wachsenden Wirtschaft und vielen guten Arbeitsplätzen, die wir hier in unserer ansonsten strukturarmen Region dringend brauchen, besonders im Bereich Ernährungswirtschaft, den Energie- und Gesundheits- und Tourismusbranchen.

Hier waren wir auf einem wirklich guten Weg, der europaweit Vorbildcharakter genießt.

Die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt 2017 ist deshalb so aussichtsvoll, weil man sich als grenzenlose Region bewirbt.

Auf einer Veranstaltung der KV SL FL und FL zu dem Thema machten die Vertreter von Zoll und Polizei deutlich, dass diese Planung auch inhaltlich nicht richtig sei, es müssten die bereits vorhandenen mobilen Einsatzkräfte, die besonders im Hinterland agieren, personell verstärkt werden. Auf permanente Grenzkontrollen könne sich jeder „einstellen“, hieß es. Das ist auch die Meinung der Sozialdemokraten im Folketing, wie Benny Engelbrecht aus Sønderborg berichtete und wie wir es im Landtag auch gefordert haben.

Rechtspopulismus ist das absolute Gegenteil von Europa, jegliche Bewegung oder Zugeständnis in diese Richtung ist ein Wegbewegen von Europa!

Deshalb sollten wir uns weiter einsetzen für eine offene Grenze, für die Wachstumsregion Sønderjylland /Schleswig, für gute Arbeitsplätze in der Region und eine gute fruchtbare Nachbarschaft auch im sozialen und kulturellen Bereichen.

Dazu gehört auch, dass die Stellungnahmen der nördlichen Kreise und Städte zur geplanten Dänemarkstrategie der Landesregierung respektvoll berücksichtigt werden und in die Planungen zur Zusammen-

SPD KV-INTERN

arbeit mit Dänemark einfließen, damit wir eine starke Region trotz fester Fehmarnbeltquerung bleiben.

Birte Pauls

Schließung der dänischen Grenzen sind rückwärtsgewandt

Der Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg am 6. Juni 2011 im Hotel des Nordens in Harsilee folgten viele Interessierte. In einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wieder Grenzkontrollen? Welches Europa wollen wir?“ zeigten viele wenig Verständnis für die beabsichtigten Grenzkontrollen der dänischen Regierung.

Das Podium war mit MdB Franz Thönnies, Benny Engelbrecht (S, Mitglied des dänischen Folketing), MdL Birte Pauls, Hinrich Jürgensen (Bund der Nordschleswiger), Simon Faber (Oberbürgermeister Flensburg), Joachim Franklin (Präsident Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt), Colette Hercher (Zoll) und Dr. Michael Schack (IHK Flensburg) kompetent besetzt.

In Dänemark wurde von der nationalistischen und rechtspopulistischen Dansk Folkeparti der Vorschlag zur Schließung der Grenzen aus sicherheitstechnischen und aus wahltaktischen Gründen eingebracht und von der konservative Minderheitsregierung übernommen. Es steht noch eine Klärung aus, ob diese beabsichtigte Grenzschießung ein Verstoß gegen das „Schengener Abkommen ist“.

Hinrich Jürgensen, Benny Engelbrecht und andere befürchten, dass mit der Schließung der Grenze zur Landesgrenze in Süd-jütland die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt der Region Sønderborg

in Gefahr sei und dass der Zuschlag eher an Århus vergeben wird. Außerdem würde die Schließung der Grenze den arbeitsmarktpolitischen Pendelverkehr behindern.



In Vertretung des verhinderten MdB Sönke Rix wurde die Veranstaltung durch den Kreisvorsitzenden der SPD Flensburg Helmut Trost eröffnet und vom Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel beendet. Das gemeinsame Fazit von Trost und Wrobel war "Kooperation statt Kontrolle - das ist der richtige Weg, wenn wir ein handlungsfähiges und demokratisches Europa wollen." *Anne Marxen*

Arbeitsintensive Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Schleswig-Flensburg

Wie bereits in der letzten Ausgabe der KV-Intern erwähnt hat der AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg mit seinen gewählten Delegierten an der Landeskonferenz am 26. März 2011 in Eutin teilgenommen. Die Mehrzahl der hier gestellten Anträge wurde vom AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg gestellt und so in der Masse auch angenommen.

Dem neu gewählten AfA-Landesvorstand steht wieder Wolfgang Mädels vor. Aus

SPD KV-INTERN

dem AfA-Kreisverband SL-FL wurden Norbert Petersen aus Kappeln und Jürgen Klose aus Flensburg für den AfA-Landesvorstand vorgeschlagen. Norbert Petersen wurde als Beisitzer in den AfA-Landesvorstand gewählt, Jürgen Klose konnte sich bei der Wahl zum AfA-Landesvorstand leider nicht durchsetzen.



von Anne Marxen und Ralf Wrobel mit Norbert Petersen weiterhin erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Der AfA-Kreisvorstand Schleswig Flensburg dankt sowohl Anne Marxen wie auch Ralf Wrobel für das Engagement und die geleistete Arbeit im AfA-Landesvorstand.

Für die AfA-Bundeskonferenz, die im Jahr 2012 stattfinden wird, wurde Anne Marxen wieder als Delegierte gewählt. Dies zeigt, dass die gute Arbeit auch Vertrauen auf ein weiterhin gutes Engagement schafft. Für den AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg besteht somit auch die Möglichkeit der Einflussnahme und der Mitwirkung auf der AfA-Bundesebene.

Der AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg wünscht bereits jetzt allen AfA-Mitgliedern und AfA-Interessierten eine schöne Urlaubszeit, und weiterhin viel Interesse an der politischen Arbeit im AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg.

Peter Casper

Kreisverband Schleswig-Flensburg aktiv gegen Neofaschismus

In Anbetracht der zunehmenden Aktivitäten der NPD, ihren freien Kräften und Neonazis in unserer Region und insbesondere am 1. Mai 2011 in Husum mit dem Überfall auf die DGB-Veranstaltung am Tag der

Arbeit halten wir es für unbedingt notwendig, ein klares Signal zu geben. Wir wollen diese Art von rückwärtsgewandter politischer Ideologie und Aktivität nicht und mahnen dringend: **Wehret den Anfängen!**

Die SPD hat aufgrund ihrer geschichtlichen Vergangenheit eine besondere Verantwortung in Bezug auf Erinnerung und Widerstand gegen jegliche Form von Unterdrückung, Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.



Wir erinnern uns. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von Nazis besetzt und Gewerkschaften wurden verboten! Gewerkschafter, Sozialdemokraten und anderes Denkende wurden verfolgt und viele kamen in Konzentrationslagern um.

Unser Ziel muss ein zukunftsorientiertes und friedliches Miteinander sein, in dem alle Menschen ohne Unterschied respektiert werden und sich wohlfühlen können. Die demokratische Gesellschaft von Politik über Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche und Einzelpersonen in den Städten und Gemeinden unserer Region und anderswo müssen sich gegen das menschenverachtende Treiben der Neonazis – wie und wo auch immer - entgegen zu stellen.

Der SPD-Kreisverband unterstützt die antifaschistische Arbeit in unserer Region und arbeitet zum Beispiel mit im „Runden

SPD KV-INTERN

Tisch gegen Nazis“ in Kappeln, die eine Reihe von Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt haben. In den letzten Monaten wurde die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ der VVN-BdA und ver.di erfolgreich in Kappeln, Schleswig und in der Gemeinschaftsschule in Süderbrarup angeboten, die aktiv von Mitgliedern der SPD unterstützt wurde.

Thorsten Schacht und Anne Marxen

SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein Torsten Albig kommt nach Satrup



Auf dem SPD-Kreisparteitag Schleswig-Flensburg am **28. Juni 2011 um 19.00 Uhr** im Landgasthof „Saturp Krog“ in Satrup erwarten die Delegierten mit Spannung den SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig als Hauptredner. Albig wird seine Vorstellungen zum Thema „Schleswig-Holstein braucht den Wechsel“ erläutern.

Die Delegierten aus den Ortsvereinen im SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg werden auf dem Kreisparteitag außerdem die Delegierten zur Aufstellung der SPD-Landesliste für die Landtagswahl wählen. Die Landeswahlkonferenz findet im Rahmen des Landesparteitages am 20. und 21. Januar 2012 statt.

Landtagswahl 2012

Die kommende Landtagswahl am 6. Mai 2012 wirft ihre Schatten voraus. Der Wahlkreisausschuss des Landtages hat die Grenzen der neuen 35 Wahlkreise festgelegt. In unserem Kreisverband bleibt es bei den Wahlkreisen Flensburg-Land, Schleswig-Nord und Schleswig.

Der Kreisvorstand hat auf seiner Mai-Sitzung beschlossen, die Gliederung der Partei aufzufordern bis zum **30. Juni 2011** Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag vorzuschlagen.

Danach können sich die Bewerberinnen und Bewerber in den Ortsvereinen bei den Mitgliedern vorstellen. Die Wahlkreisversammlungen in den drei Wahlkreisen, die dann unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag wählen, sollen nach der Sommerpause, wahrscheinlich im September, einberufen werden.

Bitte meldet mögliche Kandidatinnen und Kandidaten bis zum **30. Juni 2011** an:

Karsten Stühmer,

2. stv. SPD-Kreisvorsitzender:

Schulstraße 39

24882 Schaalby

Tel.: 04622 /180946,

E-Mail: info@karstenstuehmer.de

Wahlkreiseinteilungen im Kreis Schleswig-Flensburg:

Wahlkreis (WK) 4 (alt WK 5) Flensburg Land: Stadt Glücksburg (Ostsee), amtsfreie Gemeinde Handewitt, amtsfreie Gemeinde Harsilee, Amt Eggebek, Amt Hürup, Amt Langballig, Amt Schafflund.

SPD KV-INTERN

Wahlkreis 5 (alt WK 6) Schleswig Nord:

Stadt Kappeln, Amt Arensharde, Amt Geltinger Bucht, Amt Kappen-Land, Amt Mittelangeln, Amt Oeversee und vom Amt Südangeln die Gemeinden Böklund, Havetoft, Idstedt, Klappholz, Neuberend, Stolk, Struxdorf, Süderfahrenstedt und Ülsby.

Wahlkreis 6 (alt WK 7) Schleswig:

Stadt Schleswig, Amt Haddeby, Amt Kropp-Stapelholm, Amt Süderbrarup und vom Amt Südangeln die Gemeinden, Brodersby, Goltoft, Nübel, Schaalby, Taarstedt, Tolk und Twedt.

Termine Wahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Landtagswahl 2012 in den Wahlkreisen Schleswig-Flensburg

Der Kreisvorstand hat auf der Juni-Sitzung folgende Termine beschlossen:

Wahlkreis 4: 8. September 2011

Wahlkreis 5: 15. September 2011

Wahlkreis 6: 22. September 2011.

Die Orte und Einladungen werden gesondert allen Mitgliedern im KV Schleswig-Flensburg bekannt gegeben werden.

Friedlicher Protest am Tschernobyl-Tag

Am Ostermontag protestierten bundesweit bei herrlichem Sonnenschein über 120.000 Menschen friedlich gegen Atomkraftwerke. Bei herrlichem Wetter starteten aus Flensburg und Schleswig 4 Busse mit über 120 Leuten in Richtung Kernkraftwerk Brunsbüttel. Zu dem Protest hatten in unserer Region neben Gewerkschaften und der BI „Wir gegen Atomkraft in SL“ u. a. auch die Grünen, SSW, SPD und Die Linke aufgerufen.

Eindrucksvoll war die Aktion „5 vor 12“ von den Teilnehmenden aus FL und SL in St. Michaelisdonn, wo ein Mahnmal enthüllt wurde:



Auf dem Mahnmal steht: „An einem solchen Tag darf man nicht einfach sagen, unsere Kernkraftwerke sind sicher - sie sind sicher.“ Angela Merkel am 12. März 2011.

In Brunsbüttel vor dem Atomkraftwerk angekommen trafen sich alle über 6000 Protestierenden, die rund um die Haupttribüne und auf den anliegenden Feldern den vielen Redebeiträgen und dem anschließenden Rock-Konzert mit u. a. „Ton, Steine, Scherben & family“ lauschten. Den Absperrzaun rund um das Atomkraftwerk nutzten viele mit bunten Karten an den Stromanbieter Vattenfall ihren Unmut zu äußern und diese an den Zaun anzubringen. Die Tschernobyl-Proteste waren der Anfang. Es werden weitere Proteste im Mai durchgeführt bis zur Entscheidung der Bundesregierung über die Zukunft der AKW.

In Schleswig findet seit 25 Wochen jeden Montag um 17.00 Uhr vor Hertie ein Stadtspaziergang gegen Atomkraft, gegen eine Laufzeitverlängerung und für eine Politik, die für den Ausbau erneuerbarer Energien sind und die die Interessen des Volkes vertreten.

Anne Marxen

SPD KV-INTERN

Birte Pauls in den Landesvorstand gewählt

Auf dem erfolgreichen Landesparteitag am Wochenende 09./10. April 2011 wurde Birte Pauls mit einem sehr guten Wahlergebnis im ersten Wahlgang in den SPD-Landesvorstand gewählt. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Birte Pauls und wünscht ihr als auch dem gesamten Landesvorstand viel Erfolg für die nächsten Jahre.

Torsten Albig erläuterte den Delegierten seine Unterstützung für Ralf Stegner, der mit einem eindeutigen Ergebnis als Landesvorsitzender gewählt wurde. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Ralf Stegner und freut sich auf einen engagierten Wahlkampf für Torsten Albig als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012.

Am Sonnabend des Landesparteitages skandierte ein kleines Häuflein Nazis vor dem Messegelände, worauf die 215 Delegierten geschlossen den Landesparteitag unterbrachen und sich lautstark gegen diesen Aufmarsch der ewig Gestrigen stellten, die keine Möglichkeit zum Skandieren ihrer menschenverachtenden Parolen hatten.

In einer Resolution beschloss der Landesparteitag die Resolution „Atomkraft ausschalten – Energiewende vorantreiben“.

Einen großen Raum - und von engagierten Wortbeiträgen begleitet - nahm in der Antragsberatung die Diskussion zur Fehmarn-Belt-Querung ein. Der Leitantrag wurde mit knapper Mehrheit verabschiedet. Der Ergänzungsantrag des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg wurde angenommen. Hier der Wortlaut:

„Die bestehenden sowie geplanten grenzübergreifende Projekte aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur usw. werden in der Region Sønderjylland/Schleswig ungeachtet der Planung und des Baus der festen Fehmarnbeltquerung fort- und umgesetzt und weiterentwickelt. Eine Prioritätensetzung in Richtung Fehmarnbeltregion lehnen wir ab.“

Anne Marxen

Spannender Kreisverbandsausschuss Schleswig-Flensburg

Zu Anfang des Kreisverbandsausschusses Schleswig-Flensburg am 16. März 2011 in Kropp gedachten die über 100 Anwesenden in einer Gedenkminute den Opfern der schrecklichen Umweltkatastrophe in Japan.

Peter Eichstädt, MdL, erläuterte den aktuellen Stand zum neuen Wahlgesetz, das in der nächsten Woche im Kieler Landtag verabschiedet werden soll.

Das Landesverfassungsgericht hatte das bisherige Wahlrecht als teilweise verfassungswidrig eingestuft. Die SPD-Fraktion hat beschlossen, dass die Wahlkreise (WK) von 40 auf 35 gesenkt werden. Geplant ist ein Ausgleich von Überhangmandaten. Außerdem bleibt das Zweistimmen-Wahlrecht erhalten. Das Zählverfahren wird von d'Hondt auf das präzisere Auszählungsverfahren nach Sainte-Lague-Schepers geändert. Dies beseitigt eine bisherige Ungerechtigkeit für kleine Parteien bei der Stimmenausswertung. Die Zahl von 69 Abgeordneten soll aus der Verfassung gestrichen und dafür in das neue Wahlgesetz übernommen werden. Für die WK-Schneidungen wird nach Verabschiedung des Wahlgesetzes ein WK-

SPD KV-INTERN

Ausschuss im Landtag eingerichtet. Die Entscheidung darüber wird dann etwa Mitte Mai 2011 erwartet. Der Wahltermin für die Landtagswahl ist für den 6. Mai 2012 vorgesehen.

Mit großem Interesse lauschten die Anwesenden den Ausführungen des Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl Torsten Albig, der sein Ziel für die nächsten 417 Tage bis zur Landtagswahl darauf setzt, den Menschen zu erklären, wie Politik mit einer SPD besser geht. Dabei sei es wichtig, Geschlossenheit und Stärke in der Partei in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Weiterhin erklärte Torsten Albig dem Kreisverbandsausschuss, dass er am Tag nach der Auszählung der Stimmen zum Mitgliederentscheid am 27. Februar 2011 mit Ralf Stegner vereinbart habe, dass beide loyal zueinander stehen. Außerdem begründete er seine Empfehlung, Ralf Stegner als Landesvorsitzender am 9./10. April 2011 auf dem Landesparteitag zu wählen. Wichtig sei dabei, dass bei demokratischen Entscheidungen in der Partei niemand diskreditiert werde und appellierte an die Geschlossenheit in der Partei.

Ziel sei es, die nächste Landtagswahl zu gewinnen und „wir wollen und werden gewinnen und gewinnen kann ich“, so Albig.

Im Anschluss nutzten viele die Möglichkeit, ein Stimmungsbild aus den Ortsvereinen zu geben.

Anne Marxen

**Impressum:**

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.